

Persönliche Angaben

Vorname		Nachname	
Anschrift			
Telefon		Mobiltelefon	
Telefax		Geburtsdatum	
E-Mail-Adresse			

Firmenangaben (falls zutreffend)

Firma			
Anschrift			
Telefon		Telefax	
Rechtsform		Registergericht & Registernummer	
E-Mail-Adresse			
Gesetzl. Vertreter			

Vorsteuerabzugsberechtigung

Ja Nein

Sind oder waren Sie bereits Mandant in der Kanzlei?

Ja Nein

Sind oder waren Sie bereits Gegner der Kanzlei?
 (Prüfung Interessenkollision)

Ja Nein

Rechtsschutzversicherung (falls zutreffend)

Versicherung:	
Versicherungsschein-Nr.	
Selbstbeteiligung	
Schadens-Nr.	

Bankdaten (zur Überweisung von Fremdgeld und ggf. Einzug von Gebühren)

Geldinstitut	
IBAN	
BIC	

Angaben zum Gegner

Vorname		Nachname	
Anschrift			
E-Mail-Adresse			
Versicherung			
Rechtsanwalt			

Firmenangaben des Gegners (falls zutreffend)

Firma			
Anschrift			
Telefon		Rechtsform	
E-Mail-Adresse			
Gesetzl. Vertreter			

Auf die Kanzlei bin ich aufmerksam geworden durch:

- bereits Mandant

 Empfehlung

 Versicherung
 Internetrecherche/Social Media
 Sonstiges: _____

Kontakt und Kommunikation per E-Mail / Datenverarbeitung

Ich bin / wir sind damit einverstanden, dass die Korrespondenz per E-Mail über die oben angegebene E-Mail-Adresse unverschlüsselt erfolgt. Mir / uns ist dabei bewusst, dass die unverschlüsselte Kommunikation per E-Mail mit Risiken für die Vertraulichkeit der Kommunikation verbunden ist.

Ja

 Nein

Das **Hinweisblatt zur Datenverarbeitung** (Stand 12.11.2022) wurde mir ausgehändigt, ebenso die **Widerrufsbelehrung** für den Falle einer ausschließlich über Fernkommunikationsmitteln zu erfolgenden Rechtsberatung.

Ich versichere die Vollständigkeit und Richtigkeit der vorstehenden Angaben und erkläre mich mit der Datenverarbeitung in der vorbeschriebenen Weise einverstanden. **Mit Unterzeichnung dieses Mandantenfragebogens kommt noch kein Mandatsverhältnis zustande.**

Ort, Datum: _____, den _____

 Unterschrift(en)

Allgemein

Die Tätigkeit des Rechtsanwalts/der Rechtsanwältin ist im Rahmen des **Rechtsanwaltsvergütungsgesetzes** (RVG) kostenpflichtig. Die Gebühren errechnen sich hierbei grundsätzlich nach den gesetzlichen Gebühren, es sei denn, es wurde eine gesonderte Honorar- oder Vergütungsvereinbarung (§ 3a RVG) getroffen.

Eine bestehende **Rechtsschutzversicherung** ändert nichts an der grundsätzlichen Zahlungspflicht des Mandanten dem Rechtsanwalt/der Rechtsanwältin gegenüber. Ich nehme zur Kenntnis, dass im Falle der Ablehnung der Kostendeckung, der nicht vollständigen Zahlung der anwaltlichen Gebühren oder infolge einer nicht von der Rechtsschutzversicherung gedeckten Streitwerterweiterung während des Verfahrens die anwaltlichen Gebühren von mir zu tragen sind.

Mir ist insbesondere bekannt, dass ein angemessener **Kostenvorschuss** seitens des Rechtsanwalts/der Rechtsanwältin verlangt werden kann (§ 9 RVG).

Auf die Institute der Beratungshilfe und der **Prozess-/Verfahrenskostenhilfe** wurde ich hingewiesen und über deren Möglichkeiten belehrt.

Im Folgenden bitte das entsprechende Rechtsgebiet/die Rechtsgebiete ankreuzen.

Zivilrecht / Verwaltungsrecht (u.a. Schadensersatzansprüche, Forderungen etc.)

betrifft etwa Miet- und WEG-Recht, Erbrecht, Datenschutzrecht, Waffenrecht, Ansprüche aus Kauf- und Bauverträgen, etc.

Die Gebühren für zivil- oder verwaltungsrechtliche Angelegenheiten errechnen sich grundsätzlich aus dem Streit- und Gegenstandswert der jeweiligen Angelegenheit, es sei denn, es wurde eine gesonderte Honorar- oder Gebührenvereinbarung getroffen. Der Gegenstandswert kann sich während des laufenden Verfahrens verändern. Die Streit- und Gegenstandswerte werden nach §§ 22 ff. RVG und §§ 48 ff. GKG bestimmt. Der Streit- und Gegenstandswert richtet sich grundsätzlich nach dem wirtschaftlichen Interesse der Parteien.

Die außergerichtlichen Rechtsanwaltskosten werden nach §§ 2 I, 13 RVG in Verbindung mit der Anlage 1 und 2 zum RVG errechnet.

Sofern ein gerichtliches Verfahren eingeleitet wird, kommen neben den zusätzlichen Gerichtskosten nach dem Gerichtskostengesetz (GKG) auch noch Rechtsanwaltsgebühren für das Betreiben des Prozesses hinzu, diese richten sich nach den obenstehenden Grundsätzen.

Der Rechtsanwalt ist berechtigt, sowohl für die außergerichtliche als auch die gerichtliche Tätigkeit einen Vorschuss in Höhe der gesetzlichen Gebühren zu verlangen. Er kann das weitergehende Tätigwerden von der Zahlung des Vorschusses abhängig machen.

Anstelle der gesetzlichen Vorschriften können zwischen Anwalt und Mandant auch abweichende Vergütungsvereinbarungen getroffen werden. Diese dürfen aber grundsätzlich nicht dazu führen, dass ein geringerer Vergütungsanspruch entsteht als dem Anwalt nach dem RVG zustünde.

Arbeitsrecht

Im Arbeitsrecht sind die Kosten und Gebühren – sowohl die außergerichtlichen als auch die der ersten Instanz – im ersten Rechtszug vor den Arbeitsgerichten selbstzutragen, § 12a ArbGG. Im Rechtsstreit vor dem Arbeitsgericht (erster Instanz) besteht kein Kostenerstattungsanspruch gegen die andere Prozesspartei, auch nicht wenn diese im Rechtsstreit unterliegt (verliert).

Die durch die Tätigkeit des Rechtsanwalts/ der Rechtsanwältin entstandenen Gebühren und Auslagen erster Instanz trage ich in jedem Fall selbst. Dies gilt auch bei einer außergerichtlichen Erledigung der Angelegenheit. Die Kosten bestimmen sich nach den vorstehenden Grundsätzen für das Zivilrecht.

Eine Kostenerstattung ist – je nach Ausgang des Verfahrens – erst ab der zweiten Instanz möglich.

Strafrecht und Ordnungswidrigkeitenrecht

Die Abrechnung der Gebühren erfolgt gemäß § 14 RVG über sog. Rahmengebühren iVm. Anlage 2 zum RVG. Über die Abrechnungsmöglichkeiten in Form und Höhe der Mindestgebühren, Mittelgebühren und Höchstgebühren sowie der Möglichkeit der Honorarvereinbarung wurde ich informiert und belehrt. Ich erkläre mich ausdrücklich mit einer Abrechnung in Höhe der Mittelgebühren einverstanden. Dies auch für den Fall, dass das Mandatsverhältnis wegen ausstehender Zahlungen gekündigt wird.

Ich erkläre, dass ich finanziell in der Lage bin, die entsprechenden Gebühren, insbesondere einen Gebührevorschuss von 595,00 € (500,00 € netto) zu leisten. Über die Strafbarkeit des Eingehungsbetruges wurde ich belehrt.

Ich entbinde den Rechtsanwalt/die Rechtsanwältin von seiner/ihrer Schweigepflicht, dies ausdrücklich nur in dem Fall, in dem der Rechtsanwalt/die Rechtsanwältin seinen/ihren Gebührenanspruch nicht ersetzt bekommt und der Verdacht des Eingehungsbetruges nicht ausgeschlossen werden kann.

Sollte der Gebührevorschuss von 595,00 € nicht fristgerecht gezahlt werden, so wird das Mandatsverhältnis beendet und der Rechtsanwalt wird die angefallenen Gebühren abrechnen.

Familienrecht

Die Gebühren errechnen sich grundsätzlich aus dem Verfahrens- und Gegenstandswert der jeweiligen Angelegenheit gem. § 23 RVG, § 34 FamGKG, es sei denn, es wurde eine gesonderte Honorarvereinbarung getroffen. Der Gegenstandswert kann sich während des laufenden Verfahrens verändern.

Sofern ein gerichtliches Verfahren eingeleitet wird, entstehen neben den zusätzlichen Gerichtskosten nach dem Gerichtskostengesetz (FamGKG) auch Rechtsanwaltsgebühren für das Betreiben des Prozesses, diese richten sich nach den obenstehenden Grundsätzen. Bei einem gerichtlichen Antrag ist maßgeblicher Zeitpunkt für die Wertberechnung der Zeitpunkt der ersten Antragstellung, § 34 FamGKG.

Für Verfahren, die z.B. Kindschaftssachen, Abstammungssachen, Ehewohnung oder Hausrat betreffen, bestimmen sich die Verfahrenswerte nach Festwerten, §§ 45 ff. FamGKG. Bei der Verbindung mehrerer Familiensachen gem. § 20 FamFG sind die entsprechenden Verfahrenswerte nach § 22 RVG zu addieren.

Anstelle der gesetzlichen Vorschriften können zwischen Anwalt und Mandant auch abweichende Vergütungsvereinbarungen getroffen werden, diese dürfen aber grundsätzlich nicht dazu führen, dass ein geringerer Vergütungsanspruch entsteht als dem Anwalt nach dem RVG zustünde.

Sozialrecht

In sozialgerichtlichen Angelegenheiten können die Gebühren gem. § 14 RVG nach Betragsrahmengebühren anfallen oder sich gem. § 3 RVG nach dem Gegenstandswert berechnen. Die Gegenstandsmethode findet u.a. Anwendung, wenn ich als Mandant dem Personenkreis des § 183 SGG nicht angehöre.

Über die Abrechnungsmöglichkeiten in Form und Höhe der Mindestgebühren, Mittelgebühren und Höchstgebühren sowie der Möglichkeit der Beantragung von Prozesskostenhilfe oder des Abschlusses Honorarvereinbarung wurde ich informiert und belehrt. Ich erkläre mich ausdrücklich mit einer Abrechnung in Höhe der Mittelgebühren einverstanden. Dies auch für den Fall, dass das Mandatsverhältnis wegen ausstehender Zahlungen gekündigt wird.

Ich erkläre, dass ich finanziell in der Lage bin, die entsprechenden Gebühren, insbesondere einen Gebührevorschuss von 250,00 € brutto zu leisten. Ein gezahlter Vorschuss wird auf die Schlussrechnung (auch im PKH-Verfahren) angerechnet.

Ort, Datum

Unterschrift

1. Ihr Widerrufsrecht

Haben Sie mit uns einen Vertrag über die Rechtsberatung oder Rechtsvertretung ausschließlich über Fernkommunikationsmitteln (E-Mail, Telefon, Internet, u. a.) verhandelt und geschlossen, so steht Ihnen als Verbraucher und Verbraucherin (§ 13 BGB) ein **Widerrufsrecht** nach §§ 312g, 312c BGB zu.

Das Widerrufsrecht steht nur Verbrauchern zu. Verbraucher sind natürliche Personen, die einen Vertrag zu dem Zweck abschließt, der weder ihrer gewerblichen noch selbständigen Tätigkeit zugerechnet werden kann.

Das Widerrufsrecht gilt auch für Dienstleistungs- und Geschäftsbesorgungsverträge, wenn diese im Wege eines sog. *Fernabsatzvertrages* verhandelt und geschlossen werden.

2. Wie Sie von Ihrem Widerrufsrecht Gebrauch machen:

Sie haben das Recht, binnen **vierzehn (14) Tagen** ab Vertragsschluss (§ 355 Abs. 2 BGB) ohne Angaben von Gründen den Vertrag zu widerrufen.

Um Ihr Widerrufsrecht auszuüben, müssen Sie uns **mittels eindeutiger Erklärung** (etwa per Post, Telefax oder E-Mail) über Ihren Entschluss, diesen Vertrag zu widerrufen, informieren. Sie *können* dafür das auf der Folgeseite beigefügte Musterformular verwenden. Die Verwendung ist jedoch nicht vorgeschrieben und auch keine Bedingung für die Wirksamkeit Ihres Widerrufs. Eine einfache Mitteilung, den Vertrag widerrufen zu wollen ist völlig ausreichend. Den Widerruf richten Sie bitte nach Ihrer Wahl an einen unserer Standorte:

Rechtsanwälte Schlegel, Fischer & Partner		
Carolinestraße 42, 07973 Greiz Fax: 03661/4373526	Hofer Straße 7, 07907 Schleiz Fax: 03661/4373526	Leutragraben 1, 07743 Jena Fax: 03661/4373526
E-Mail: kanzlei@schlegel-fischer.de		

Zur Wahrung der Widerrufsfrist reicht es aus, dass Sie die Mitteilung über die Ausübung des Widerrufsrechts vor Ablauf der Widerrufsfrist absenden.

3. Folgen des Widerrufs

Wenn Sie diesen Vertrag widerrufen, haben wir Ihnen alle Zahlungen, die wir von Ihnen erhalten haben, unverzüglich und spätestens binnen vierzehn Tagen ab dem Tag zurückzuzahlen, an dem die Mitteilung über Ihren Widerruf dieses Vertrags bei uns eingegangen ist (§ 357 BGB). Für die Rückzahlung verwenden wir dasselbe Zahlungsmittel, das Sie bei der ursprünglichen Transaktion eingesetzt haben, es sei denn, mit Ihnen wurde ausdrücklich etwas anderes vereinbart. In keinem Fall werden Ihnen wegen dieser Rückzahlung Entgelte berechnet.

Haben Sie verlangt, dass die Dienstleistungen während der Widerrufsfrist beginnen soll, so haben Sie uns einen angemessenen Betrag zu zahlen, der dem Anteil der bis zu dem Zeitpunkt, zu dem Sie uns von der Ausübung des Widerrufsrechts hinsichtlich dieses Vertrags unterrichten, bereits erbrachten Dienstleistungen im Vergleich zum Gesamtumfang der im Vertrag vorgesehenen Dienstleistungen entspricht.

4. Erlöschen des Widerrufsrechts

Das Widerrufsrecht erlischt bei Verträgen über die Erbringung von Dienstleistungen, wenn der Verbraucher **vor Beginn der Erbringung der Dienstleistung** ausdrücklich zugestimmt hat, dass der Unternehmer mit der Erbringung der Dienstleistung vor Ablauf der Widerrufsfrist beginnt und der Verbraucher seine Kenntnis davon bestätigt hat, dass im Falle eines Widerrufs bereits erbrachte Leistungen zu bezahlen sind und im Falle der vollständigen Vertragserfüllung durch die Rechtsanwälte das Widerrufsrecht verloren geht (§ 356 Abs. 4 BGB).

Möchten Sie, dass die Rechtsanwälte mit der Leistungserbringung vor Ablauf der Widerrufsfrist beginnen, nutzen Sie bitte das beigefügte Formular „**Erklärung zum Beginn der Leistungserbringung**“ und senden Sie dieses bitte unterschrieben (per Scan ausreichend) an einen der vorbezeichneten Standorte zurück.

Erklärung zum Beginn der Leistungserbringung

Ich,

Vor- und Nachname	
geboren am	
E-Mail-Adresse	

habe die Widerrufsbelehrung der

Rechtsanwälte Schlegel, Fischer & Partner,
Carolinestraße 42, 07973 Greiz
Hofer Straße 7, 07907 Schleiz
Leutragraben 1, 07743 Jena

erhalten

Ja Nein

und

- stimme in Kenntnis der erhaltenen Widerrufsbelehrung ausdrücklich zu, dass die Rechtsanwälte Schlegel, Fischer & Partner mit der Erbringung der Dienstleistung vor Ablauf der Widerrufsfrist beginnen sollen.
- Mir ist dabei bewusst, dass ich im Falle eines Widerrufs bereits erbrachte Leistungen zu bezahlen habe und bei vollständiger Vertragserfüllung durch die Rechtsanwälte mein Widerrufsrecht vollständig verliere.

_____, den _____

Unterschrift(en) der Auftraggeber/Verbraucher

Muster-Widerrufsformular

(Wenn Sie den Vertrag widerrufen wollen, dann füllen Sie bitte dieses Formular aus und senden Sie es zurück.)

– **An**

Rechtsanwälte Schlegel, Fischer & Partner

* Carolinenstraße 42, 07973 Greiz;

* Hofer Straße 7, 07907 Schleiz;

* Leutragraben 1, 07743 Jena,

E-Mail: kanzlei@schlegel-fischer.de

– **Hiermit**

widerrufe * ich * wir

den von * mir * uns

abgeschlossenen Vertrag über die Erbringung der folgenden Dienstleistung

Erbringung von Rechtsberatung/Rechtsvertretung	Aktenzeichen (sofern vorhanden)	
---	------------------------------------	--

– Beauftragt am: _____ (falls zutreffend)

– Angaben zum Verbraucher:

Name	
Anschrift	

– Datum: _____

– Unterschrift des/der Verbraucher (nur bei Mitteilung auf Papier):

(*) Zutreffendes bitte Ankreuzen

1. Verantwortlicher & Datenschutzbeauftragter

Diese Hinweise zur Datenverarbeitung (Art. 13, 14 DS-GVO) gelten für die Datenverarbeitung durch den Verantwortlichen im Sinne von Art. 4 Nr. 7 DS-GVO:

Rechtsanwälte Schlegel, Fischer & Partner

vertreten durch RA Peter Schlegel und RA Raphael Fischer
Carolinestraße 42, 07973 Greiz

Telefon: 03661/4373524

Telefax: 03661/4373526

E-Mail: kanzlei@schlegel-fischer.de

Der Verantwortliche hat einen externen Datenschutzbeauftragten bestellt. Dieser ist

Lucas Prandi, SFP Data & Consulting UG (haftungsbeschränkt), Hofer Straße 7, 07907 Schleiz

Sie können den Datenschutzbeauftragten per Post über die Anschrift des Verantwortlichen mit dem Zusatz „z. H. Datenschutzbeauftragter“ oder per E-Mail an datenschutz@schlegel-fischer.de erreichen.

2. Umfang der Datenverarbeitung, Zwecke & Rechtsgrundlage

Wenn Sie uns zum Zwecke der Anfrage einer Mandatsübernahme kontaktieren oder uns ein Mandat zur Rechtsvertretung und Rechtsverteidigung erteilen, erheben wir von Ihnen in unterschiedlichen Umfängen personenbezogene Daten. Die Erhebung ist abhängig von dem konkreten Mandatsgegenstand und betrifft in jedem Fall:

- **Personenstamm- und Kontaktdaten:** Vor- und Nachname, vollständige Anschrift, E-Mail-Adresse, Telefonnummer, Mobiltelefonnummer, besondere elektronische Postfächer (wie beA, beBPO, u.a.)
- **Informationen, die für die Geltendmachung und Verteidigung Ihrer Rechte im Rahmen des Mandats notwendig sind**

Darüber hinaus kann es erforderlich sein, auch die nachstehenden Daten mandats- und auftragsbezogen zu erheben:

- **Besondere Kategorien personenbezogener Daten** (Art. 9 DS-GVO): Gewerkschaftszugehörigkeit, Gesundheitsdaten (wie medizinische Diagnosen, Angaben zu Krankheitsverläufen, u. a.), Sozialdaten (Angaben zu Kranken-, Renten- o. sonstigen Sozialversicherungsverhältnissen, u. ä.)
- **Personenbezogene Daten über strafrechtliche Verurteilungen und Straftaten** (Art. 10 DS-GVO): Auskünfte zu rechtskräftigen Verurteilungen oder geahndeten Straftaten aus öffentlichen Registern im Zuge gewährter Akteneinsichten oder der Durchführung mündlicher Verhandlungen
- **Steuer-, Sozialversicherungs- und Finanzdaten:** Steueridentifikationsnummern, Umsatzsteuer-ID, Bankverbindungen, Zahlungsverkehrsdaten, Versichertennummern, Rentenversicherungsnummern

Die Datenerhebung betrifft folgende **Kategorien betroffener Personen** im Sinne von Art. 4 Nr. 1 DS-GVO:

- Sie als Mandant/in und Auftraggeber/in und ggf. ihre gesetzlichen Vertreter, wie Eltern, Betreuer oder Vormünder
- Anspruchsgegner/in(nen) sowie deren gesetzlichen Vertreter oder Verfahrens- und Prozessbevollmächtigten
- Ansprechpartner/in(nen) in Behörden, Gerichten und sonstigen Einrichtungen, die an dem Mandats- und Auftragsgegenstand mittelbar oder unmittelbar beteiligt sind

Die Datenerhebung kann folgende Kategorien betroffener Personen im Sinne von Art. 4 Nr. 1 DS-GVO betreffen und ist abhängig vom konkreten Mandats- und Auftragsgegenstand:

- Angehörige, wie Großeltern, Eltern, (minderjährige) Kinder, (minderjährige) Enkelkinder, u.a.
- Mitarbeiter Ihres Unternehmens
- Kunden und sonstige Vertragspartner sowie entsprechende Ansprechpartner Ihres Unternehmens

Die Verarbeitung der vorbezeichneten Daten erfolgt zum **Zwecke**

- der Identifikation als Mandant oder Gegner,
- der angemessenen und erforderlichen anwaltlichen Beratung und Vertretung, der damit zusammenhängenden Sachverhaltsaufklärung und Sachverhaltserörterung,
- der Korrespondenz mit Ihnen und Verfahrensbeteiligten,
- der Rechnungsstellung,
- der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen

Die Verarbeitung der personenbezogenen Daten und besonderen Kategorien personenbezogener Daten erfolgt im Hinblick

- auf die Personenstammdaten und die Informationen, die zur Geltendmachung, Ausübung und Verteidigung von Rechtsansprüchen erforderlich sind, nach **Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. b) DS-GVO** zum Zwecke der Erfüllung eines Vertrages, dessen Vertragspartei Sie sind, sowie nach **Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. f) DS-GVO** aufgrund eines berechtigten Interesses an der Geltendmachung, Ausübung und Verteidigung zivilrechtlicher Ansprüche bzw. der Wahrnehmung gesetzlicher Rechtsbehelfe gegen hoheitliche Maßnahmen des öffentlichen Rechts oder des Rechts der sozialen Sicherheit und des Sozialschutzes;
- auf die Verarbeitung von Gesundheitsdaten nach **Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. b) DS-GVO iVm. Art. 9 Absatz 2 lit. f) DS-GVO** zum Zwecke der Vertragsdurchführung und zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen;
- auf die übrigen personenbezogenen Daten nach **Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. f) DS-GVO** aufgrund des berechtigten Interesses des/der Mandanten/in an der Geltendmachung, Ausübung und Verteidigung zivilrechtlicher oder sonstiger Ansprüche aufgrund eines konkreten Rechtsverhältnisses. Im Rahmen der Interessenabwägung überwiegt das Interesse der von der Verarbeitung betroffenen Person an der Wahrung des informationellen Selbstbestimmungsrechts und des damit verbundenen Interesses der Geheimhaltung der eigenen personenbezogenen Daten nicht das berechnete Interesse des/der Mandanten/in, da zwischen den Beteiligten rechtliche Sonderbeziehungen bestehen, aus denen die Rechtsansprüche oder der Anlass der Mandatierung resultiert. Ferner sind die Rechtsanwälte zur Berufsverschwiegenheit nach § 43a Abs. 2 BRAO sowie § 203 StGB verpflichtet.

Ein Profiling oder eine automatische Entscheidungsfindung nach Art. 22 DS-GVO mit den vom Verantwortlichen erhobenen personenbezogenen Daten findet nicht statt.

Die für die Mandatierung von uns erhobenen personenbezogenen Daten und besonderen Kategorien personenbezogener Daten werden bis zum Ablauf der gesetzlichen **Aufbewahrungspflicht für Anwälte** (6 Jahre nach Ablauf des Kalenderjahres, in dem das Mandat beendet wurde - § 50 Abs. 1 BRAO) gespeichert und danach gelöscht, es sei denn, dass wir nach Artikel 6 Abs. 1 S. 1 lit. c DS-GVO aufgrund von **steuer- und handelsrechtlichen Aufbewahrungs- und Dokumentationspflichten** (aus HGB, StGB oder AO) zu einer längeren Speicherung in Bezug auf steuer- und handelsrechtliche Unterlagen verpflichtet sind oder Sie in eine darüberhinausgehende Speicherung nach Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. a) DS-GVO eingewilligt haben.

3. Weitergabe von Daten an Dritte

Wir übermitteln Ihre personenbezogenen Daten nur dann an Dritte, wenn Sie nach Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. a) DS-GVO Ihre ausdrückliche Einwilligung dazu erteilt haben, dies nach Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. b) DS-GVO für die Durchführung und Abwicklung des Mandatsverhältnisses erforderlich ist, für die Weitergabe nach Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. c) DS-GVO eine ausdrückliche gesetzliche Verpflichtung besteht oder für den Fall, dass die Weitergabe nach Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. f) DS-GVO zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen erforderlich ist und kein Grund zur Annahme besteht, dass Sie ein überwiegendes schutzwürdiges Interesse an der Nichtweitergabe Ihrer Daten haben.

Empfänger der von uns erhobenen personenbezogenen Daten können vor allem sein: Verfahrensgegner sowie deren anwaltliche oder sonstigen rechtlichen und gesetzlichen Vertreter, Gerichte, Staatsanwaltschaften, gerichtlich bestellte Sachverständige, und andere öffentliche Behörden (Landratsämter, Finanzämter, etc.) zum Zwecke der Korrespondenz sowie zur Geltendmachung und Verteidigung Ihrer Rechte. Die weitergegebenen Daten dürfen von den Dritten ausschließlich zu den genannten Zwecken und zur Erfüllung der ihnen obliegenden Verpflichtungen oder Aufgaben verwendet werden.

Darüber hinaus erfolgt die Übermittlung unter Umständen an weitere berechtigte Empfänger. Dies betrifft die von dem Verantwortlichen beauftragten Dienstleister u. a. für die Bereiche der IT- und Softwareadministration sowie IT-Sicherheit, Anbieter von Telefon-Cloud-Anlagen, Steuerberater, Unternehmen für die datenschutzkonforme Vernichtung von Datenträgern, Akten und Aufzeichnungen, Softwareanbieter, Supportunternehmen. Bei den beauftragten Dienstleistern handelt es sich um sog. Auftragsverarbeiter. Mit den Dienstleistern wurden entsprechende, den Anforderungen des Art. 28 DS-GVO entsprechende Auftragsverarbeitungsverträge abgeschlossen. Alle Dienstleister wurden, soweit sie nicht selbst einer beruflichen Verschwiegenheitspflicht unterliegen, auf die Einhaltung selbiger sowie die Vertraulichkeit der Daten verpflichtet. Der Verantwortliche hat die Dienstleister gewissenhaft und erst nach vorheriger Überprüfung ausgewählt.

Eine Datenübermittlung von personenbezogenen Daten unserer Mandanten in Drittländer erfolgt nicht. Darüber hinaus kann es in Einzelfällen zu einer Datenübermittlung von personenbezogenen Daten in Länder außerhalb der EU und des Europäischen Wirtschaftsraums kommen. Eine Datenübermittlung erfolgt jedoch nur dann, wenn die Voraussetzungen der Art. 44 ff. DS-GVO vorliegen.

4. Ihre Betroffenenrechte

Sie haben das Recht:

- gemäß Art. 7 Abs. 3 DSGVO Ihre einmal erteilte Einwilligung jederzeit gegenüber uns zu widerrufen. Dies hat zur Folge, dass wir die Datenverarbeitung, die auf dieser Einwilligung beruhte, für die Zukunft nicht mehr fortführen dürfen;
- gemäß Art. 15 DSGVO Auskunft über Ihre von uns verarbeiteten personenbezogenen Daten zu verlangen. Insbesondere können Sie Auskunft über die Verarbeitungszwecke, die Kategorie der personenbezogenen Daten, die Kategorien von Empfängern, gegenüber denen Ihre Daten offengelegt wurden oder werden, die geplante Speicherdauer, das Bestehen eines Rechts auf Berichtigung, Löschung, Einschränkung der Verarbeitung oder Widerspruch, das Bestehen eines Beschwerderechts, die Herkunft ihrer Daten, sofern diese nicht bei uns erhoben wurden, sowie über das Bestehen einer automatisierten Entscheidungsfindung einschließlich Profiling und ggf. aussagekräftigen Informationen zu deren Einzelheiten verlangen;
- gemäß Art. 16 DSGVO unverzüglich die Berichtigung unrichtiger oder Vervollständigung Ihrer bei uns gespeicherten personenbezogenen Daten zu verlangen;
- gemäß Art. 17 DSGVO die Löschung Ihrer bei uns gespeicherten personenbezogenen Daten zu verlangen, soweit nicht die Verarbeitung zur Ausübung des Rechts auf freie Meinungsäußerung und Information, zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung, aus Gründen des öffentlichen Interesses oder zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen erforderlich ist;
- gemäß Art. 18 DSGVO die Einschränkung der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten zu verlangen, soweit die Richtigkeit der Daten von Ihnen bestritten wird, die Verarbeitung unrechtmäßig ist, Sie aber deren Löschung ablehnen und wir die Daten nicht mehr benötigen, Sie jedoch diese zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen benötigen oder Sie gemäß Art. 21 DSGVO Widerspruch gegen die Verarbeitung eingelegt haben;
- gemäß Art. 20 DSGVO Ihre personenbezogenen Daten, die Sie uns bereitgestellt haben, in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesebaren Format zu erhalten oder die Übermittlung an einen anderen Verantwortlichen zu verlangen und
- gemäß Art. 77 DSGVO sich bei einer Aufsichtsbehörde zu beschweren. In der Regel können Sie sich hierfür an die Aufsichtsbehörde Ihres üblichen Aufenthaltsortes oder Arbeitsplatzes oder unseres Kanzleisitzes wenden. Für unseren Kanzleisitz wäre die zuständige Aufsichtsbehörde der Thüringer Landesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit, Häßlerstraße 8, 99096 Erfurt, 0361/57-3112900, poststelle@datenschutz.thueringen.de.

5. Widerspruchsrecht

Sofern Ihre personenbezogenen Daten auf Grundlage von berechtigten Interessen gemäß Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. f DSGVO verarbeitet werden, haben Sie das Recht, gemäß Art. 21 DSGVO Widerspruch gegen die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten einzulegen, soweit dafür Gründe vorliegen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben. Möchten Sie von Ihrem Widerspruchsrecht Gebrauch machen, genügt eine E-Mail an kanzlei@schlegel-fischer.de.